Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 231 | Halver, Dienstag, den 3. Oktober | 1950

Moskau stößt in der UNO vor

Sowjetunion fordert Waffenstillstand

„Sofortiger Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea" — Wyschinski wird persönlich

dpa. New York, 3. Oktober

Die Sowjetunion brachte am Montag im ersten politischen Ausschuß eine Entschließung zur Koreafrage ein, in der die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und der Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea gefordert werden.

Wyschinskis Entschließung wurde gemeinsam von der Sowjetunion, der Ukraine, Polen, Weißrußland und der Tschechoslowakei eingebracht. Außer dem Abzug der ausländischen Truppen aus Korea fordert die Entschließung eine koreanische Einheitsregierung und Wahlen für eine koreanische Nationalversammlung. Eine Kommission, die in einer gemeinsamen Sitzung der Parlamente Nord- und Südkoreas zu wählen wäre, soll nach der Entschließung der Ostblockmächte die Wahlen für eine gesamtkoreanische Nationalversammlung durchführen.

Während einer anderthalbstündigen Korea-Erklärung hielt der sowjetische Außenminister Wyschinski plötzlich inne und tadelte den britischen Staatsminister Henneth Younger, der sich mit einem seiner Ratgeber unterhielt, „Anscheinend störe ich Herrn Younger in seiner Unterhaltung", sagte Wyschinski trocken. Zu Younger gewandt wiederholte er: „Vielleicht störe ich Sie, mein Herr, ich kann wirklich etwas warten."

In der Entschließung wird ferner die Bildung einer UNO-Kommission vorgeschlagen, in der auch Koreas Nachbarstaaten vertreten sein müßten, und die die Wahlen für das gesamtkoreanische Parlament überwachen soll. Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO hätte für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Koreas zu sorgen. Nach Bildung einer gesamtkoreanischen Regierung wäre Korea in die UNO aufzunehmen. Vorher hatte Wyschinski die Acht-Mächteentschließung abgelehnt, die eine mit erhöhten Vollmachten ausgestattete UNO-Kommission zur Ueberwachung des Zusammenschlusses Koreas fordert.

Wyschinski greift USA an

dpa. New York, 2. Oktober

Der sowjetische Außenminister Wyschinski beschuldigte am Montag in der Nachmittagssitzung des politischen Ausschusses der UNO-Vollversammlung die USA, für die Lage in Korea verantwortlich zu sein. Die USA, sagte Wyschinski, hätten „reaktionäre" Elemente in Südkorea unterstützt und die UNO-Satzungen verletzt.

Weiter erklärte Wyschinski, Südkorea versinke „unter dem Terrorregime Rhees in Korruption". Dieser „Faschistenstaat", von allen Koreanern gehaßt, werde von den USA unterschätzt. Der Krieg in Korea sei ein Bürgerkrieg, der durch die Unterdrückung der Menschen im Süden des Landes ausgebrochen sei. Bei einem Bürgerkrieg sei aber keine Einmischung von außen gerechtfertigt. An den amerikanischen Delegierten Austin gewandt, erklärte Wyschinski: „Sie haben gesagt, daß der 38. Breitengrad gar keine Grenze, sondern eine imaginäre Linie sei. Wenn dem so ist, dann gibt es auch keine zwei Staaten, sondern nur ein Korea. Was gibt Ihnen also das Recht, sich in Korea einzumischen?"

Wyschinski verlangte den sofortigen Zusammentritt der Vollversammlung zur Debatte über die chinesischen Anschuldigungen wegen Verletzung chinesischen Luftraumes durch amerikanische Flugzeuge.

Der südkoreanische Außenminister Ben Limb, der nach ihm sprach, macht die Sowjetunion für den Koreakrieg verantwortlich und forderte die Einigung des Landes unter der südkoreanischen Regierung. Im Norden müßten Wahlen abgehalten werden.

Die USA, Großbritannien und Australien beschuldigten im zweiten politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung die Regierungen Rumäniens, Ungarns und Bulgariens der Verletzung der Menschenrechte. Im Mittelpunkt ihrer Beschuldigung standen die politischen Prozesse, besonders der Prozeß gegen den ungarischen Erzbischof Mindszenty.

Ueberrascht . . .

dmt. Soeul, 3. Oktober

Militärisch gesehen ist die Frage der Verletzung des 38. Breitengrades durch Bodentruppen nur akademischer Natur, da die Luftstreitkräfte der UNO schon seit langem in dem Luftraum Nordkoreas operieren und Bomben werfen.

Anscheinend sind die Süd- wie Nordkoreaner von dem schnellen Ablauf völlig überrascht. Die UNO hat sich — ebenso wie die Amerikaner — noch nicht von ihrer Ueberraschung erholt. Man hatte damit gerechnet, daß der Krieg mindestens mehrere Monate dauern würde, ehe der 38. Breitengrad erreicht sei.

Nehru bleibt besorgt

dmt. Neu Delhi, 2. Oktober

Der indische Ministerpräsident Nehru erklärte, daß die neueste Entwicklung in Korea Anlaß zu der Befürchtung gebe, der Korea-Krieg könne sich ausdehnen. Wen der Krieg nicht bald beendet werde, müsse das ganze Land in Trümmer gehen. Erschwert werde die koreanische Situation durch die Nachbarschaft Rußlands und Chinas.

Bundestag ohne KPD

dl. Bonn, 2. Oktober

Die kommunistischen Abgeordneten im Bundestag sind praktisch machtlos und sogar ihrer parlamentarischen Initiative beraubt, nachdem der Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität den Beschluß gefaßt hat, Anträge der KPD nicht mehr zu behandeln und auch nicht mehr dem Plenum zur Erledigung zuzuleiten.

Dieser Beschluß geht nicht etwa auf eine willkürliche Auslegung der Geschäftsordnung zurück, sondern fußt auf dem im parlamentarischen Leben anerkannten Rechtsgrundsatz, daß der zeitweise Ausschluß eines Abgeordneten ihn behindert, in dieser Zeit rechtsgültige Anträge zu stellen.

Durch den Ausschluß von fünf Abgeordneten wegen geschäftsordnungswidrigen Verhaltens und die Entführung des Abgeordneten Kurt Müller ist die KPD im Bundestag unter die notwendige Fraktionsstärke von 10 Abgeordneten gesunken und bildet, ebenso wie die Deutsche Rechtspartei, nur noch eine Gruppe, der kein Antragsrecht mehr zusteht. Die noch im Bundestag vorhandenen neun kommunistischen Abgeordneten von 402 sind damit politisch völlig bedeutungslos.

USA für ehemalige Pgs gesperrt

dpa. Frankfurt, 3. Oktober

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy erörterte am Montag mit den amerikanischen Generalkonsuln in Deutschland eine Anweisung des amerikanischen Außenministeriums, Angehörigen kommunistischer Organisationen und ehemaligen Mitgliedern nationalsozialistischer und faschistischer Parteien keine Visa nach den USA mehr auszustellen.

Nach einem Anschlag im amerikanischen Generalkonsulat in Frankfurt muß Ausländern, die Mitglied der NSDAP waren, die Ausstellung eines Visums verweigert werden. Das Gesetz zur Staatssicherheit von 1950 sieht ferner den Ausschluß sämtlicher Ausländer aus den USA vor, die Mitglied irgendeiner Neben- oder Zweigorganisation, Abteilung oder Unterabteilung der NSDAP oder faschistischer Parteien waren oder sind. Hierunter fallen Mitglieder des BDM, der Jungmädel, der HJ und anderer solcher der NSDAP angeschlossenen Organisationen.

Man nimmt aber an, daß die Verordnung des amerikanischen Außenministeriums in der endgültigen Fassung etwas anders ausfallen wird, da die meisten Deutschen, besonders die Jugendlichen, in irgendeiner Weise auf Grund der nationalsozialistischen Gesetze mit NSDAP-Organisationen verbunden waren.

Schumanplan-Konferenz in entscheidender Phase

„Unionskabinett" oder Ministerrat zur Ueberwachung

dmt. Paris, 3. Oktober

Die Besprechungen über den Schumanplan haben in den vergangenen Wochen bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Nach den bisher erzielten Ergebnissen ist zu erwarten, daß die Montankonferenz nunmehr in ihre entscheidende Phase eintritt. Dabei geht es um die Abgrenzung der Kompetenzen der verschiedenen Organe, die die Montanunion kontrollieren sollen. Es wird darauf ankommen, die Ansichten der verschiedenen Delegationen durch Kompromißvorschläge einander nahezubringen.

Ueber verschiedene wesentliche Punkte ist bereits Einigung erzielt worden. So darüber, daß die übernationale Oberste Verwaltungsbehörde aus sechs bis neun von den Regierungen der Teilnehmerstaaten gemeinsam ernannten Mitgliedern bestehen soll. Zu den Funktionen dieser Behörden zählen vor allem die Verwaltung der vorgesehenen Ausgleichskasse und die Koordinierung der Produktionsprogramme. Auch in der Frage der Ueberwachung der Obersten Montagebehörde ist man sich insofern einig geworden, als sechs der vorgesehenen Teilnehmerstaaten, nämlich Frankreich, die Deutsche Bundesrepublik, Italien und die Beneluxstaaten, der Ueberwachung durch eine Art „Unionskabinett" oder Ministerrat zustimmen. Dieses „Kabinett" soll aus je einem Kabinettsminister der sechs Mitgliedsstaaten bestehen. Ferner ist die Bildung einer gemeinsamen Versammlung, eines sogenannten Montanparlaments, vorgesehen, das aus je 30 bis 40 Parlamentsabgeordneten der Mitgliedsstaaten bestehen soll. Gegen Entscheidungen der obersten Verwaltungsbehörde kann bei einem besonderen Schiedsgericht Einspruch erhoben werden.

Es wird damit gerechnet, daß der Vertragsentwurf für die Montanunion schnellstens fertiggestellt werden kann und daß die oberste Verwaltungsbehörde bereits Anfang nächsten Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Südkoreaner stoßen weiter nach Norden vor

Jangjang erobert, Tschosan angegriffen — Schwacher Widerstand

dmt. Soeul, 2. Oktober

Starke südkoreanische Verbände, die über den 38. Breitengrad nach Norden vorstoßen, eroberten am Montagmorgen die acht Kilometer nördlich der Grenze liegende Hafenstadt Jangjang und greifen das 15 Kilometer nördlich der Grenze liegende Tschosan an. Die allgemeine Stoßrichtung dieser an der östlichen Küstenstraße vorrückenden Verbände ist das wiederholt schwer bombardierte Wonsan, ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der 125 Kilometer nördlich des Breitengrades liegt. Der Widerstand der Nordkoreaner ist bisher nur schwach.

Den vorrückenden südkoreanischen Verbänden sind zwei amerikanische Verbindungsoffiziere beigegeben. McArthurs Hauptquartier lehnt jede Stellungnahme zu der Ueberschreitung der Zonengrenze ab. Man habe noch nichts davon gehört. Man hat den Eindruck, als ob das Hauptquartier solange schweigen wird, bis geklärt worden ist, ob die Nordkoreaner die Aufforderung zur Kapitulation beantwortet haben. Das ist bisher noch nicht erfolgt.

UNO-Kriegsschiffe begleiten den Vormarsch an der Ostküste, um notfalls in die Kämpfe einzugreifen. Fast halbstündig wird ihre Unterstützung von den Südkoreanern angefordert.

Wie Gefangene mitteilen, haben die Nordkoreaner Befehl erhalten, sich auf dieser Küstenstraße zurückzuziehen. Im südkoreanischen Generalstab glaubt man, daß südlich Wonsans nennenswerter Widerstand nicht zu finden sein wird. Die Stadt Jangjang wurde von den Nordkoreanern in überstürzter Flucht geräumt.

Im Mittelabschnitt rücken die Südkoreaner fächerförmig gegen den Breitengrad vor und werden ihn voraussichtlich am Dienstag überschreiten.

Superfestungen griffen militärische Ziele in der Stadt Naman, 500 Kilometer nördlich der Zonengrenze an.

Kansong bereits eingenommen

dmf. Soeul, 2. Oktober

Die Südkoreaner haben die 50 Kilometer nördlich der Zonengrenze gelegene Stadt Kansong erobert. Zwei Divisionen stehen an der Grenzlinie. Eine andere Division ist 16 Kilometer weit vorgedrungen. An der Ostküste haben sich die Nordkoreaner, wie Gefangene berichten, 125 Kilometer weit nach Wonsam zurückgezogen.

Die aus dem Raum von Soeul nach Norden vorstoßenden Amerikaner werden durch nordkoreanische Nachhuten bei Uidschongbu aufgehalten und erlitten beträchtliche Verluste. Sie kamen in sieben Stunden nur einen Kilometer voran.

Aus Taiku wird gemeldet, daß Südkoreaner beim Einmarsch in Tschongdschu die Leichen von 1500 Südkoreanern gefunden haben, die die Nordkoreaner vor ihrem Abzug ermordet haben sollen.

Es bleibt dabei: Rückführung abgeschlossen

Sowjetische Antwort auf die Kriegsgefangenen-Noten

dmt. Moskau, 2. Oktober

Am Montag hat sich die Sowjetregierung endlich zu einer Antwort auf die Protestnoten der drei Westmächte gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen bequemt, die ihr am 14. Juli zugestellt worden waren. Die Proteste werden in der sowjetischen Antwort zurückgewiesen, und zwar erfolgte die Beantwortung mündlich bei der britischen, amerikanischen und französischen Botschaft in Moskau.

In der sowjetischen Antwort wird auf die Zahlen verwiesen, die von der sowjetamtlichen Nachrichtenagentur TASS am 5. Mai d. J. bekanntgegeben worden wäre. Die Sowjetunion beschuldigt die drei Westmächte, das Beharren auf die Forderung nach Rückführung angeblich noch in Rußland befindlicher Kriegsgefangener entspringe dem Wunsche, diese Angelegenheit zu Propagandazwecken gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Die Westmächte hatten in ihrer Note vom 14. Juli die Sowjetunion der Mißachtung der Menschenrechte beschuldigt und die Bildung einer international. Untersuchungskommission gefordert, welcher die Sowjetregierung volle Angaben über alle Deutschen machen sollte, die sich noch in der Sowjetunion befinden. Außerdem war verlangt worden, die Sowjetregierung solle genaue Mitteilungen über die wegen Kriegsverbrechens verurteilten und noch unter Anklage zu stellenden Gefangenen machen und die Namen der in der Sowjetunion inzwischen verstorbenen Kriegsgefangenen bekanntgeben.

Das amerikanische Außenministerium gab am Montag bekannt, daß es die Ernennung einer Sonderkommission befürwortet, die die Zahl der noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen und japanischen Kriegsgefangenen feststellen soll.

6 Thesen zum Aufrüstungsproblem

Bemerkenswerte Feststellungen zum Aufrüstungsproblem macht der frühere französische Generalstabschef, General a. D. Revers, in dem verbreitetsten französischen Wochenblatt „France-Dimanche" (Auflage über 500 000). Er schreibt u. a.:

Erstens: man müsse den Krieg vorbereiten, um ihn vermeiden zu können. Dieses Grundprinzip scheint seit den alten Römern seine Gültigkeit behalten zu haben.

Zweitens: es gibt „keine Maschine, die den Krieg gewinnt". Atombombe oder nicht — es bleibt der Mensch, der einfache Soldat, der letzten Endes den Kampf austragen muß. Als kriegsentscheidender Faktor kann dieser einfache Soldat nicht durch moderne Kampfmittel ersetzt werden.

Drittens: man kann keinen Krieg „zum Okkassionspreis" führen. Die USA dachten, daß 2 Milliarden Dollars Mehrausgaben genügen werden. Heute rechnet man mit der Notwendigkeit, 30 bis 35 Milliarden neue Kredite aufzuwenden, was 50 Prozent des Budgets und 19 Prozent des Nationaleinkommens entspricht.

Viertens: die Konzeption einer Berufsarmee ist ebenso falsch wie jene einer Miliz. Die einzige Lösung kann in der tiefgehenden Ausbildung von Reserven und spezialisierten Kader gefunden werden, die als Grundlage zum Aufbau des Kriegsheeres dienen.

Fünftens: der Begriff „Front" ist veraltet. Im modernen Krieg erstrecken sich die Kampfzonen auf eine Tiefe von oft 100 Kilometer, in der Guerillaverbände operieren.

Sechstens: die Militärdienstzeit muß mit zwei Jahren angesetzt werden. Um die zweckmäßige Bedienung und Verwendung des komplizierten Kriegsmaterials zu erlernen, um Reserven einer entsprechenden Qualität herauszubilden, bedarf es wenigstens zweier Jahre.

Diese Erkenntnis, daß die modernen Waffen den Soldaten nicht ersetzen und große Landheere nicht veraltet sind, wirkt sich entscheidend auf die Wiederaufrüstung des Westens aus. Seine Grenzen sind nunmehr endgültig an der Elbe und nicht am Rhein. Zwar werden seit einiger Zeit die Werke der Maginot-Linie wieder instand gesetzt, doch der französische Plan sieht vor, das Gros der alliierten Truppen in Westdeutschland zu stationieren und an der Westgrenze Frankreichs nur verhältnismäßig schwache Garnisonen zu belassen.

Die Seite der Heimat

Halver, den 3. Oktober 1950

Die langen Abende

Wie vergeßlich sind wir Menschen doch. Kaum pfeift der erste kalte Luftzug durch die Straßen und die ersten Herbststürme wirbeln die gelben Blätter hoch, ist die ganze Herrlichkeit des Sommers vergessen, und wir beginnen, schon mit dem Ofen in der Zimmerecke zu liebäugeln. Zumindest freuen wir uns auf unsere eigenen vier Wände, wenn wir abends nach Hause kommen. Noch vor wenigen Wochen konnten wir garnicht schnell genug wieder die sonnendurchglühten Wohnungen verlassen. Heute bereits sind wir anderer Meinung und genießen die langen Abende in der gemütlichen Wohnecke.

Man muß Lebenskünstler sein und versuchen, den schweren Alltag mit seinen Sorgen und Mühen wenigstens für ein paar Stunden zu vergessen. Deswegen wollen wir den kürzer werdenden Tagen nicht gram sein und uns auf die langen Abende freuen, wenn wir beim traulichen Schein der Lampe und einem Glas Tee mit guten Freunden zusammen sitzen.

Auch der Tee ist ein „ganz besonderer Saft". Die Weisen Chinas haben ganze Bibliotheken über ihn und seine Kultur geschrieben und die Zeremonie der Tee-Zubereitung war fast eine heilige Handlung im Ursprungsland des Teestrauches Seit zweitausend Jahren ist die Pflanze bekannt, die in einigen Provinzen Chinas in Sträuchern wächst, die eine Höhe bis zu zehn Metern erreichen. Es dauerte Jahrhunderte, bis der Tee zu uns gelangte. Die Kauffahrteischiffe der Portugiesen und Holländer brachten im Jahre 1559 den Tee nach Europa. In England und Holland wurde der Tee bald zum Nationalgetränk. In Deutschland machte der Leibarzt des Kurfürsten von Brandenburg in einer lebhaft diskutierten Schrift vom Jahre 1667 den Tee zum ersten Male bekannt. Seitdem eroberte er sich auch die breiten Massen des Volkes.

Die Teepflanze und ihre Verbreitung ist ein Stück Geschichte der Zivilisation. Wenn die goldgelbe Flüssigkeit, die so anregend und belebend ist, vor uns im Teeglas steht oder — noch besser — in hauchdünnem Porzellan gereicht wird, ist auch ein melancholischer Herbstabend zu ertragen. Trauern wir nicht allzusehr den Sommertagen nach, freuen wir uns auf noch viele, gemütliche Abende, die vor uns liegen; man muß nur ein wenig die Kunst beherrschen, sie sinnvoll auszufüllen. H

Halver

Der September ein Regenmonat

Die Niederschlagmeßstelle Halver für das Meteorologische Amt Nordrhein-Westfalen teilt uns mit, daß das Ergebnis der Niederschlagsmenge für den Monat September vollkommen außer dem sonst üblichen Rahmen für diesen Monat liegt. Er regnete an 25 Tagen, die Gesamtniederschlagsmenge betrug 125,2 mm. Die niedrigste Tagesmenge wurde am 4. September mit 0,02 mm, die höchste am 8. September mit 22,0 mm gemessen. Das bedeutet 5,008 Liter Wasser auf einen Quadratmeter pro Tag. Der Monat Oktober scheint sich seinem regnerischen Vormonat ganz gut anzupassen.

Mit dem SGV am Kohlberg

Anläßlich der Totengedenkfeier im Ehrenmal auf dem Kohlberg ist von der Halverschen SGV-Abteilung für junge und ältere Mitglieder eine Teilnahme vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit ist auch gleichzeitig eine Besichtigung des wiedereröffneten Heims geplant, so daß sich wohl viele SGVer an dieser Fahrt beteiligen werden. Aus diesem Grunde ist die Hin- und Rückfahrt mittels Autobus vorgesehen. Anmeldungen müssen bis spätestens Donnerstag, 5. Oktober, bei Dr. Kauert erfolgen. Die Abfahrt erfolgt Sonntag, den 8. 10., 9 Uhr ab Kleinbahnhof. Als Mittagessen soll im Kohlberghaus eine Erbsensuppe verabreicht werden.

Versammlung der Taubenzüchter

Am letzten Wochenende fanden sich die Taubenzüchter in ihrem Vereinslokal am Schmalspurbahnhof zu einer Mitgliederversammlung ein. Vorsitzender Heinrich Klein ging näher auf die Erfolge der Halverschen Tauben ein, und betonte, daß gerade in letzter Zeit der Brieftaubenzucht lebhaftes Interesse entgegengebracht würde, denn es liegen verschiedene Anträge auf Aufnahme neuer Mitglieder vor. Die Reiserouten des Jahres 1951 wurden festgelegt, denn auch im kommenden Jahre sollen wieder zahlreiche Tauben auf den Weg geschickt werden. Die Ringbestellung für das Jahr 1951 wurde durchgeführt sowie verschiedene andere züchterische Fragen besprochen.

Wichtige Betriebsfragen kamen zur Sprache

Am letzten Wochenende trafen sich die Halverschen Betriebsräte im Jugendheim an der Karlshöhe. Kollege Ziebach konnte neben den Halverschen Betriebsräten auch verschiedene Herren der Lüdenscheider Geschäftsstelle begrüßen. Zur Sprache kamen u. a. Ueberstundenzuschlag, Lohntarife und Urlaubsabkommen. Ferner wurden die monatlichen Belegschaftsversammlungen erneut angeregt.

Eine Großmütterfeierestunde der Frauenhilfe

Für den 10. Oktober bereitet die evangelische Frauenhilfe eine Großmütterfeierstunde vor, in der den lieben Omas ein paar fröhliche Stunden geboten werden sollen. Die schlicht aber eindrucksvolle Feierstunde wird im Konfirmandenhaus stattfinden.

Der Tod lauert im Volmetal

Besserung der Verkehrsverhältnisse unbedingt erforderlich – Verkehrsopfer mahnen zur Vorsicht

Die Verkehrsverhältnisse im Volmetal haben wieder zwei Todesopfer gefordert. Aber auch dieser schwere Unfall am vergangenen Wochenende wird nur ein Glied in der Kette von anderen Unglücken sein, wenn nicht etwas unternommen wird, um wenigstens die krassen Mißstände zu beseitigen.

Straße ist nicht breit genug

Wie sind nun die Verkehrsverhältnisse auf der Volmetalstraße? — Die Bundesstraße 54 ist eine wichtige Durchgangsstraße, auch für den Fernlastverkehr. Dementsprechend ist die Verkehrsdichte. Die Straßendecke ist nach umfangreichen Ausbesserungsarbeiten in den letzten Jahren in einem guten Zustand, und das verleitet wiederum manchen Kraftfahrer zu schneller Fahrt und Ueberschreitung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit. Bei Nässe besteht Rutschgefahr, besonders auf den gepflasterten Abschnitten, bei Frost auf der ganzen Strecke.

Die Straße ist bei weitem nicht breit genug. Um das zu erkennen genügt es schon, wenn man einmal mit einem PKW einen schweren Lastzug überholen muß, ganz zu schweigen von der „Millimeterarbeit" der Fernfahrer, wenn sich ihre Lastzüge begegnen. Die vielen Windungen und Kurven tragen natürlich nicht zur Uebersichtlichkeit bei.

Gefährliche Rauchentwicklung

Ein Großteil der Unglücke der letzten Jahre steht mit der Eisenbahn in Zusammenhang, auch wenn es nicht unmittelbar bei Zusammenstößen zwischen Bahn und Kraftwagen kam wie bei dem letzten Unglück. Auf kurze Entfernung kreuzt die eingleisige Bahnlinie der Bundesbahn zweimal die Straße, einmal ist der Straßenübergang durch Schranken gesichert, an dem anderen Uebergang sind Blinklichter aufgestellt, die — das hat nicht nur der letzte Unfall eindeutig bewiesen — keine genügende Sicherheit gewährleisten! Auf weite Strecken läuft die Bahn dicht neben der Straße.

Die Rauchentwicklung der Lokomotiven behindert die freie Sicht und damit den Straßenverkehr. In einem Falle hat sie sogar zu einem schweren Unglück geführt.

Bessere und mehr Verkehrsschilder erforderlich

Die Bundesbahn muß sich mit den bedenklichen Erfahrungen der letzten Jahre dazu verstehen, den unbeschrankten Bahnübergang bei Bollwerk mit Schranken zu sichern. Ein weiteres wichtiges unbedingt erforderliches Mittel zum Abstellen aller genannten Uebelstände ist eine ausreichende und übersichtliche Beschilderung aller Gefahrenstellen.

Nach unserem Erachten genügt es einfach nicht, es bei der Aufstellung der gebräuchlichen Verkehrsschilder in den üblichen Abständen bewenden zu lassen, vielmehr erscheint es notwendig, besonders wirksame und aufrüttelnde Hinweis- und Verbotsschilder aufzustellen, etwa wie sie in der amerikanischen Zone des Bundesgebietes üblich sind. Der unheimliche Totenkopf mit den gekreuzten Knochen und der Aufschrift: „Der Tod ist ewig! Fahre hier vorsichtig!" schreckt nun einmal besser vor Nachlässigkeiten ab als ein harmloses Ausrufungszeichen auf einem rot-weißen Schild.

Vor allen Dingen müssen solche Schilder mit den Entfernungsangaben zu den Gefahrenstellen weit genug vor diesen aufgestellt werden. Alle die übrigen Gefahren, die auf der Straße lauern wie Glatteis, gefährliche Windungen, Rutschgefahr bei Nässe, Sichtbehinderung durch qualmende Lokomotiven müssen vor den gefährlichen Streckenabschnitten genügend deutlich und aufdringlich angezeigt werden.

Die Zahl der Toten und Verletzten, die die Volmestraße gerade im Laufe der letzten Zeit gefordert hat, sollte für die Straßen- und Eisenbahnverwaltung Grund genug sein, alle Möglichkeiten auszunutzen, die Verkehrsverhältnisse zu ändern und zu bessern, —te.

Meldeaktion zur Unterbringung verdrängter Beamter

Eine Bekanntmachung der Kreisverwaltung betr. Erfassung des Personenkreises nach Artikel 131 des Grundgesetzes besagt im ersten Absatz:

„Um die schnelle Durchführung des nach Art. 131 des Grundgesetzes zu erlassenden Bundesgesetzes zu sichern, ist es erforderlich, daß sich die unter Art. 131 GG. fallenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes schon jetzt melden, und zwar zunächst die, die nicht im öffentlichen Dienst wieder verwendet werden. Es ist damit zu rechnen, daß in Vollzug des geplanten Bundesgesetzes für die Meldung eine Ausschlußfrist gesetzt wird, deren Nichteinhaltung zum Verlust der Rechte führt. Es liegt daher im Interesse jedes Einzelnen, seine Meldung bereits jetzt einzureichen, soweit er nicht gemäß Abschnitt II von dieser Meldung befreit ist."

Formblätter für die Meldung sind bei der örtlich zuständigen Amts- oder Gemeindeverwaltung in Empfang zu nehmen. Es empfiehlt sich, beglaubigte Abschriften der erforderlichen Urkunden und Nachweisungen sogleich anfertigen zu lassen, damit sie der Meldung möglichst vollzählig beigefügt werden können. Die Meldung mit den dazugehörigen Unterlagen ist in einem großen Briefumschlag bei der Kreisverwaltung in Altena, Bismarckstraße 15, abzugeben. Ueber die erfolgte Meldung wird eine Bestätigung erteilt, die sorgfältig aufzubewahren ist.

*

Der Artikel 131 des Grundgesetzes regelt die Rechtsverhältnisse ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes und bestimmt, daß „die Rechtsverhältnissen von Personen einschl. der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden", durch Bundesgesetz zu regeln seien.

Dieses Bundesgesetz ist in Bonn bereits beraten worden, nunmehr werden durch Erhebungen im ganzen Land die erforderlichen Unterlagen geschaffen. Melden sollen sich, und zwar bis zum 7. Oktober, in der obengenannten Erfassungsstelle des Kreises Altena verdrängte Beamte (einschl. Wehrmachtsbeamte) und Dauerangestellte. Angestellte und sonstige Angehörige des öffentlichen Dienstes, Berufsunteroffiziere der früheren Wehrmacht, Angehörige des ehem. Truppensonderdienstes (TSD), die vordem Beamte waren. Führer und Führerinnen vom Stammpersonal des RAD. Formblätter für die Meldung sind in der Erfassungsstelle zu erhalten. Angehörige von Bahn und Post reichen ihre Meldung unmittelbar bei der für sie zuständigen Eisenbahn- bzw. Oberpostdirektion ein.

Ist das Wohnungsamt noch zeitgemäß?

Letzte Säule der Planwirtschaft in der Gemeindeverwaltung

Täglich hört man Gespräche, in denen Klage über das Wohnungsamt geführt wird. Fast in allen Fällen kann man den Gesprächspartnern nicht helfen. Es handelt sich in der Regel um einfache Leute, die ihre Meinung nur mangelhaft wiedergeben können. Sie reden weitschweifig, wie sie sicherlich auch auf dem Wohnungsamt reden. Ihre persönlichen Dinge sind oftmals sehr unsachlich dargestellt. Ueberall aber ergibt sich das gleiche Bild, daß sie auf dem Wohnungsamt zwar höflich und korrekt behandelt werden, jedoch gegen diese Maschinerie nicht ankommen.

Man bedeutet ihnen, daß sie wiederkommen möchten, und sie tun das getreulich in der Hoffnung, daß sie irgendwann doch einmal Erfolg haben. So werden sie zermürbt, und wenn sie dann Verzweiflung überkommt, reden sie frei von der Leber.

Aus den vielen Fällen, von denen man so Kenntnis erhält, kristallisiert sich jedoch eine Frage heraus: Hat das Wohnungsamt überhaupt noch einen Sinn? Der Zweck des Wohnungsamtes sollte ursprünglich sein, dem Verbraucher ein Zimmer oder eine Wohnung nachzuweisen. Das ist kaum noch möglich. Denn das Wohnungsamt hat in der Regel keine Zimmer zu vergeben. Wenn einer Geld hat, kann er sich einen Neubau errichten und, sofern es ihm paßt, mit einer einzigen Person und einem Pudel eine Zimmerflucht besetzen. Wenn er kein Geld hat, geht er zum Wohnungsamt.

Nun kommt es hin und wieder vor, daß das Wohnungsamt von einem Bittsteller so unter Druck gesetzt wird (vielleicht helfen auch Empfehlungen nahestehender Dienststellen ein bißchen nach), daß auch das Wohnungsamt in Verlegenheit kommt, und dann ergibt sich folgendes:

Da ist ein Herr Müller, der durch Zufall Kenntnis von einem freien Zimmer erhält. Dieses Zimmer wird in den Akten des Wohnungsamtes nicht geführt. Herr Müller zieht in das Zimmer ein, obwohl er das ohne Einweisung nicht darf. Wenn er nun nachträglich um eine Legalisierung ersucht, greift das Wohnungsamt zu. Es entscheidet, daß Herr Müller kein Recht auf das Zimmer habe, sondern daß Frau Meyer, die schon seit zwei Jahren ein Zimmer sucht, eingewiesen werde. Herr Müler hat dem Wohnungsamt also geholfen, und es sieht so aus, als ob das Wohnungsamt Frau Meyer geholfen hätte. Herr Müller ist darüber erbittert, denn er hat den Beweis geführt, daß das Wohnungsamt nicht mehr zu Recht besteht. Er hat auf dem Wege des freien Wettbewerbs, also der „freien Wirtschaft", das Wohnungsamt, das ein letztes Ueberbleibsel der Planwirtschaft ist, ad absurdum geführt.

Es handelt sich bei dem zitierten Beispiel nicht um einen Einzelfall, sondern um eine Regel. Diese Regel ist desto unerfreulicher, als sich Herr Müller natürlich gegen die Ausweisung sträubt. Nun hebt sich der starke Arm des Wohnungsamtes, seine Vollstreckungsbehörde. Diese Dienststelle hat Polizeigewalt. Ihre Beamten treten korrekt, höflich aber mit der eisernen Entschlossenheit von Polizeibeamten auf. Sie haben die Pflicht, sich durchzusetzen, denn sie wissen, daß sich Herr Müller sträubt. Das hilft nichts. Er muß das Zimmer verlassen, notfalls mit Krankenwagen und Tragbahre. Seine Möbel werden vor die Tür gesetzt und Frau Meyer hält den triumphalen Einzug. So groß ist die Macht des Wohnungsamtes.

Es wäre schön, wenn damit recht geschähe. Wir sind nicht der Meinung. Wir zweifeln auch daran, daß im Jahre 1950 eine örtliche Dienststelle noch eine derartige Gewalt über den einzelnen Menschen haben soll. Es gibt in England eine Habeas-Corpus-Akte. Sie ist ein Grundpfeiler der Demokratie, weil sie das Menschenrecht und die Menschenwürde über alles stellt. Man kann einen Verbrecher mit Gewalt ins Gefängnis führen, aber man kann nicht einen Menschen, der gegen die bestehenden Verordnungen ein Zimmer bezogen hat, auf die Straße setzen. Man kann das desto weniger, wenn die negative Seite des Amtes nicht durch die positive, nämlich die Beschaffung von Wohnraum, ergänzt wird.

Der Fehler liegt nicht bei dem Wohnungsamt in Halver, in Altena oder in Arnsberg. Diese Aemter tun nur das, was ihnen aufgetragen ist. Er liegt in dem System, das, wie so vieles in diesen bewegten Jahren, überholt und der Erneuerung, der Anpassung an die neuen Verhältnisse unterworfen erscheint. Mindestens sollte man die Tätigkeit des Wohnungsamtes dahingehend beschränken, daß es dem Findigen, der mit harter Mühe ein Zimmer entdeckt hat, den Besitz dieses Wohnraumes nicht streitig machen, womöglich mit brutaler Gewalt. Wenn das Wohnungsamt auf seinem Gebiet, der Erkundung von Wohnraum, noch Erfolge erzielen kann, so gäbe ihm das eine Existenzberechtigung.

Anschlag

Hugo Hevendehl wurde geehrt

Wie bereits in unserer Samstag-Ausgabe berichtet, konnte Eisenbahnbetriebswart Hugo Hevendehl sein 40jähriges Dienstjubiläum bei der Eisenbahn begehen. Aus diesem Anlaß fand am gestrigen Montagmorgen eine schlichte Feierstunde in den Diensträumen des Bahnhofs Anschlag statt. Bundesbahnrat Knapp vom Betriebsamt Brügge überbrachte die Glückwünsche der Eisenbahn. Er bezeichnete den Jubilar als einen der korrektesten Beamten des gesamten Bezirks, der immer treu und zuverlässig seine Pflicht erfüllt habe. 40 Jahre Eisenbahndienst von der Pieke angefangen bis zu seiner heutigen Position, seien als besondere Leistung zu werten. Er wünschte dem Jubilar abschließend noch ein paar Jahre Dienst bei der Eisenbahn und später eine Jahre Dienst bei der Eisenbahn und später einen geruhsamen Lebensabend. Bahnhofsvorsteher Bechlenberg-Halver sprach im Auftrage der Beamten des Nachbarbahnhofs Halver und im Auftrage des Eisenbahnsozialwerks, während Vorsteher Ernst Viebahn-Anschlag die besten Wünsche seiner Arbeitskameraden verbunden mit einem schönen Geschenk überbrachte. Bewegt dankte der Geehrte für all die Worte der Anerkennung und versprach bis zum letzten seine Pflicht zu tun. In gemütlicher Runde fanden sich Jubilar und Gratulanten anschließend zusammen, um das Jubiläum gebührend zu feiern.

Schalksmühle

Trinkhallen-Einbrecher festgenommen

In der Nacht zum Montag gegen 3 Uhr morgens wurden in dem benachbarten Dahlerbrück zwei Männer beim Einbruch in eine Trinkhalle überrascht. Einer der Täter konnte gestellt und festgenommen werden, während der zweite das Weite suchte. Bei dem Festgenommenen handelt es sich angeblich um einen landwirtschaftlichen Arbeiter aus der Gegend von Osnabrück. Jetzt taucht die große Frage auf, ob dieser Mann nicht mit den in den letzten Wochen in der näheren und weiteren Umgebung durchgeführten Einbrüche in Gaststätten usw. in Verbindung gebracht werden kann. Die Polizei hat jedenfalls die Ermittlungen aufgenommen. Zweckdienliche Angaben sind bei der Polizeistation Halver oder jeder anderen Polizeidienststelle zu erstatten.

Arbeitsjubiläum

Auf ein 25jähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma Theodor Krägeloh & Comp., Dahlerbrück, kann in diesen Tagen der Kunstharzpresser Ernst Kegelmann, Dahlerbrück, zurückblicken. Unsern Glückwunsch.

Aus dem Turnverein

Alle Mitglieder der Vorturnerschaft des Schalksmühler Turn- und Spielvereins werden zu einer wichtigen Vorturnerstunde für kommenden Freitag in die Turnhalle eingeladen.

Oberbrügge / Ehringhausen

25 Jahre bei der Gutsverwaltung Neuenhof

Am 1. Oktober konnten die Brüder Ernst und Christian Schlabach als Pächter und

P 135g/50

Experimente in der Waschküche?

Die Zeiten des Notbehelfs sind vorbei! Es gibt ja wieder Persil!

Zum Saubermachen Henkelbachen!

Weltwirtschaftstag in Berlin

Erhard: Offenhaltung der Weltmärkte statt Isolierung

dmt. Berlin, 2. Oktober

Bei der Eröffnung des Deutschen Weltwirtschaftstages 1950 durch den Präsidenten der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft Spennrath erklärte Bundeswirtschaftsminister Erhard, daß sich durch den Korea-Konflikt schon wieder eine Mentalität bemerkbar mache, die das Heil in der Isolierung suche. Das sei falsch, und man müsse vielmehr die Weltmärkte offenhalten. Er bemängelte, daß die im Güteraustausch erreichte Freizügigkeit noch nicht in der Kapitalversorgung anzutreffen sei. Man müsse nicht nur die Kapitalflucht durch geeignete Maßnahmen uninteressant machen, sondern die menschliche Initiative der Völker entfachen. Die Pioniere der Erschließung wirtschaftlich rückständiger Gebiete seien nicht ausgestorben, sie seien nur durch Beamte und eine Bürokratie abgelöst worden. Die Bundesrepublik, so erklärte Erhard, werde sorgfältig prüfen, was Deutschland trotz seiner wirtschaftlichen Schwächen zur Verwirklichung des Punkt-Vier-Programms des Präsidenten Truman beitragen könne.

Der amerikanische Kommandant in Berlin Taylor, wies auf der Sitzung, die unter dem Thema „Die Wiedereingliederung Berlins und Deutschlands in die Weltwirtschaft" steht, auf die besondere geographische Lage der Stadt hin, die ein normales Wirtschaftsleben erschwere und deshalb eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker erfordere.

Der Präsident des Weltwirtschaftsrates, Spennrath, forderte die Wettbewerbsvoraussetzungen für Berlin wie für das Bundesgebiet. Das Ausland müßte bereit sein, westberliner Erzeugnisse bevorzugt aufzunehmen.

Schlögl und der Kalte Krieg

hab. Nürnberg, 2. Oktober

Auf dem 5 Bayerischen Bauerntag in Nürnberg fand Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl scharfe Worte gegen den Kommunismus. Der „Kalte Krieg", so sagte er, werde an der Einigkeit der Bauern zerschellen. Wer Befehle einer ausländischen Macht empfange, habe das Recht verloren, sich Deutscher zu nennen. „Wir dulden keinen Arbeiter, keinen Angestellten und keinen Beamten im Staat und den Gemeinden, der seine Befehle vom Osten empfängt. Wir werden rücksichtslos durchgreifen, um ein zweites 1933 zu verhindern. Wer sich nicht fügen will, dem werden wir gern das Reisegeld nach dem Osten zur Verfügung stellen."

Zweites US-Schiff lief auf Mine

Sowjetische Treibminen vor Korea

dmt. Washington, 2. Oktober

USA-Kriegsschiffe haben vor der Küste Koreas eine große Anzahl Treibminen sowjetischen Typs gefunden, die erst vor kurzem gelegt wurden und vor nicht langer Zeit die Fabriken verlassen haben. Ihre Explosivkraft reicht zur Beschädigung kleinerer Schiffe aus.

Wie der Oberbefehlshaber der USA-Seestreitkräfte, Admiral Cherman, mitteilt, ist ein zweites Kriegsschiff, der Zerstörer „Mansfield", vor Korea auf eine Mine aufgelaufen und wurde beschädigt, wobei einige Besatzungsmitglieder getötet wurden.

Streit um Konsulargesetz

Vermittlungsausschuß soll einberufen werden

dl. Bonn, 2. Oktober

Ueber die Aenderung des Konsulargesetzes ist es zwischen Bundesrat und Bundestag zu Mißhelligkeiten gekommen. Der Bundestag war am 8. September bei der Verabschiedung des Konsulargesetzes über die Einwendungen des Bundesrates ohne Aussprache hinweggegangen, worin die Länder eine Beeinträchtigung ihres gesetzgeberischen Mitwirkungsrechtes erblicken. Nach der vom Bundestag genehmigten Gesetzesvorlage kann bei Personen, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen, von einer besonderen Prüfung für den Konsulardienst abgesehen werden. Hiermit ist der Bundesrat nicht einverstanden. Er wünscht eine sehr viel weitgehendere Fassung, wonach jeder deutsche Staatsangehörige Berufskonsul werden kann, der sich „durch seine Lebens- und Berufserfahrung für das ihm zu übertragende Amt als besonders geeignet erwiesen hat".

Eine großzügigere Auslegung entspricht auch den Wünschen der Bundesregierung, schon um dem derzeitigen Mangel an geeigneten Persönlichkeiten abzuhelfen.

Franzosen erobern Vietminh-Hauptstadt

dpa. Saigon, 2. Oktober

Französische Angriffsverbände haben am Sonntagabend die „militärische Hauptstadt" der Vietminh-Aufständischen in Indochina, Thainhuyen, genommen. Der französische Vorstoß wurde bereits am Sonnabend eingeleitet, um die Stadt Hanoi und das Delta des Song-Hai-Flusses, das für die Reisversorgung Indochinas wichtig ist, zu sichern. Die Säuberungsaktionen in der Stadt wurden am Montag fortgesetzt. Um zu verhindern, daß die Vietminh-Aufständischen von der Insel Hainan aus durch Schmuggler mit Waffen versorgt werden, haben die französischen Marinebehörden eine Zone von drei Meilen vor der indonesischen Ostküste für jeden Seeverkehr gesperrt.

Handelsspannen werden überprüft

dl. Bonn, 2. Oktober

Die Handelsspannen im Groß- und Kleinhandel sollen in Kürze scharf überprüft werden, wie aus Regierungskreisen verlautet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Handelsspannen zum großen Teil noch aus R-Markzeit stammen und den neuen Verhältnissen bisher nicht angepaßt wurden. Die Bundesregierung werde auch nicht davor zurückschrecken, die Dekartellisierungsbestimmungen der entsprechenden alliierten Gesetze auch auf das Handwerk und die Innungen auszudehnen. Die vorhandenen Preiswucherbestimmungen sollen bis zum Erlaß des neuen Wuchergesetzes mit aller Schärfe angewendet werden. Auch die bei gewissen Rohstoffen und Halbzeugen vorgenommenen Preiserhöhungen werden als willkürlich bezeichnet.

Neues Gespräch Tibet-China

dpa. Neu Delhi, 2. Oktober

Ein hoher tibetanischer Regierungsbeamter erklärte in Kalimpong (Westbengalen), eine offizielle tibetanische Mission werde sich voraussichtlich in Kürze zu Verhandlungen über die Zukunft Tibets nach Peking begeben. Die jüngsten chinesisch-tibetanischen Besprechungen in Neu Delhi sollen bisher keine greifbaren Ergebnisse gezeitigt haben.

Deutsch-schweizerisches Handelsabkommen

dmt. Frankfurt, 2. Oktober

Ein neues deutsch-schweizerisches Warenabkommen, dessen Bestimmungen rückwirkend mit dem 1. September in Kraft treten sollen und auf der beiderseitigen 60prozentigen Liberalisierung basiert, wurde in Frankfurt paraphiert. Der nichtgeschäftliche Reiseverkehr wird künftig nicht mehr durch ein zweiseitiges Kontingent begrenzt sein. Für Studien und Erziehungsaufenthalte werden keine Grenzen nach oben mehr festgelegt sein.

Fußball-Toto erhält Konkurrenz

Der erste Sparer-Toto gegründet — Im Dienste der Kapitalbildung

Wiesbaden. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Bierstädter Filiale der Vereinsbank Wiesbaden GmbH ist ein Sparverein gegründet worden, der den Sparer-Toto ins Leben gerufen hat. Es scheint so, als wolle man sich dabei im wesentlichen an einen Vorschlag halten, der schon vor Monaten in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" veröffentlicht wurde, aber durchweg auf ablehnende Kritik stieß. Er gründete sich auf die Tatsache, daß die Fußballtoto-Gesellschaften jährlich bis zu 500 Millionen DM einnehmen und wollte einen erheblichen Teil dieser riesigen Summe durch Organisation eines Sparer-Totos für die Kapitalbildung heranziehen. Totoscheine sollten zum Preise von 1,10 DM ausgegeben werden und in beliebigen Mengen bei den Postämtern zu erwerben sein. Eine Mark davon sollte als eingezahlter Sparbetrag gelten; die restlichen zehn Pfennige waren zur Deckung der Unkosten gedacht. Der Ertrag aus den eingezahlten Kapitalien aber sollte zur Finanzierung von Gewinnen und Prämien dienen.

Der Sparverein Wiesbaden will nun ähnliche Wege gehen. Er verlangt von seinen Mitgliedern die wöchentliche Einzahlung eines Betrages von mindestens 1,15 DM. Eine Mark gilt als Sparbetrag, 15 Pfennige als Vereinsbeitrag. Allmonatlich sollen Auslosungen statfinden, die aus den Vereinsbeiträgen — so weit sie nicht zur Unkostendeckung dienen müssen — und aus den Zinsen zu bestreiten sind. Damit möglichst viele Vereinsmitglieder zu den Gewinnern gehören, soll der höchste Einzelgewinn den Betrag von 1000 DM nicht überschreiten. Die Unkosten werden so niedrig wie möglich gehalten; Vorstand und Beauftragte arbeiten ehrenamtlich.

Diese Organisation wäre wohl nicht denkbar, wenn sie nicht einen Rückhalt in der dahinterstehenden Genossenschaftsbank hätte. Es ist anzunehmen, daß die notwendigen Verwaltungsarbeiten von deren Personal mit erledigt werden, sonst würden trotz aller Sparsamkeit die Unkosten wohl die 15-Pfennig-Beträge völlig aufzehren. Es ist kaum anzunehmen, daß Vereinsbeiträge und Zinsen in den Anfängen des Unternehmens ausreichen werden, um die Prämien zu finanzieren, — immerhin ist ja von Gewinnen bis zu 1000 DM die Rede. Es könnte sich also die Notwendigkeit ergeben, daß die Bank dem Verein über die Anfangsschwierigkeiten mit einem Kredit oder einem Zuschuß hinweghilft.

Wie dem aber auch sei: Jedenfalls handelt es sich um einen bemerkenswerten Versuch, den Spielbetrieb, von dem der Fußball-Toto so sehr profitiert, auch zur Kapitalbildung heranzuziehen. Es bedarf dabei noch geeigneter Bestimmungen, um Vorsorge zu treffen, daß die eingezahlten Sparbeträge, die natürlich Eigentum der „Mitspieler" bleiben, nicht kurzfristig abgerufen werden können, so daß der Zweck der Uebung, nämlich die Kapitalbildung, damit vereitelt würde. Angesichts der allgemeinen Kapitalknappheit wäre es durchaus zu wünschen, daß die neue Einrichtung guten Zuspruch fände und zur Grundlage einer das ganze Bundesgebiet umfassenden Organisation werden könnte.

Kopfrechnen und Rechtschreibung „niederschmetternd"

l. **Aachen.** Als „niederschmetternd" bezeichnet die Aachener Handwerkskammer jetzt in einer Denkschrift an das Kultusministerium die theoretischen Leistungen im Schulwissen, vor allem im Rechnen und in der Rechtschreibung der Ostern neu eingestellten Lehrlinge. Die Aachener Handwerkskammer hat im Juni als einzige Kammer im gesamten Bundesgebiet erstmalig Eignungsuntersuchungen der neu eingestellten Lehrlinge unternommen. Im theoretischen Teil wurden Denkfähigkeit, Rechnen, Rechtschreibung und sprachlicher Ausdruck überprüft. 62 Prozent der Lehrlinge im Aachener Kammerbezirk seien „theoretische Versager" gewesen. Dieser Prozentsatz sei außerordentlich bedenklich und unterstreiche die große Aufgabe, die die Berufsschulen nachzuholen hätten. Mit 41 „praktischen Versagern" von 332 erfaßten Lehrlingen sei der Anteil des praktischen Nichtkönnens weniger alarmierend. Die Kammer führt das schlechte Ergebnis der theoretischen Untersuchung teils auf die Verhältnisse im Schulwesen, vor allem den starken Zerstörungsgrad der Volksschulen zurück, wenn er auch „das insgesamt schlechte Ergebnis nicht ausreichend erkläre".

Sport

West-Auswahl gegen Süd

Der Westdeutsche Schwimm-Verband stellte im Anschluß an die Krefelder Ausscheidungs-Wettbewerbe seine Mannschaft auf für den Repräsentativkampf mit Süddeutschland. Die westdeutschen Farben werden am 14./15. Oktober in Krefeld vertreten durch:

100 m Kraul: Dr. Bornhaupt (Koblenz), Franke (Hamm), Ersatz: E. Pennekamp, Obschernikat (beide Duisburg); 200 m Kraul: Arendt (Brühl), Lindner (Koblenz), Ers.: Pfeiffer (Iserlohn); 400 m Kraul: Arendt, Meierkordt (Hamm); 100 m Rücken: Gerstenberg (Düsseldorf), Henschke (Ruhrort), Ers.: Simon (Gladbeck); 100 m Brust: Wieding (Gladbeck), Blümer Duisburg), Ers.: Bremshey (Ohligs), Leininger (Gelsenkirchen); 200 m Brust: Ufer (Altenessen), Deuerlein (Hamm), Ers.: Kruschinski (Gladbeck); 4 mal 100 m Kraul: Dr. Bornhaupt, Franke, E. Pennekamp, Obschernikat (Ers.: Pfeiffer, Hirsch); 3 mal 100 m Lagen: Henschke, Wieding, Dr. Bornhaupt; 4 mal 200 m Brust: Heina (Gladbeck) Deuerlein, Ufer, Kruschinski; Springen: Aderhold (Gronau) Haase (Lüdenscheid). — Wasserball: Dykman (Duisburg) oder Heine (SSF Barmen); Bosselmann, Linnhoff (SSF Barmen), Mollerus, Ponke, Zander (alle Wasserfreunde Wuppertal), Hetfeld (SSF Barmen) oder Thielhorn I (Duisburg).

Halver an 6. Stelle in der Bezirksklasse Sauerland, Gruppe Mitte

TuS Eiringhausen	4	4	0	0	21:4	8:0
FC Fröndenberg	4	4	0	0	18:5	8:0
SV Hemer 08	4	3	0	1	15:7	6:2
SVg Plettenberg	3	2	1	0	8:3	5:1
TuS Neuenade	4	2	1	1	8:8	5:3
TuS Halver	4	2	0	2	13:11	4:4
SVg Nachrodt	4	2	0	2	9:11	4:4
SG Grüne 11	3	1	1	1	5:6	3:3
TuS Lendringsen	3	1	1	1	4:6	3:3
Westfalia Iserlohn	4	1	1	2	10:9	3:5
VfB Altena	4	1	1	2	10:13	3:5
SV Fretter	4	0	3	1	9:12	3:5
SC Westig 08	4	1	1	2	8:13	3:5
SV Finnentrop	4	0	2	2	10:20	2:6
VfK Balve	3	0	0	3	4:15	0:6
SF Oestrich	4	0	0	4	6:17	0:8

Bezirksklasse Gruppe West

1. Union Haspe	4	3	1	0	21:5	7:1
2. Eintracht Eckesey	3	3	0	0	6:3	6:0
3. Harkorten	4	3	0	1	19:6	6:2
4. Lüdenscheid 08	4	2	1	1	10:6	5:3
5. Wetter 10	4	1	3	0	9:6	5:3
6. Boele-Kabel	4	2	1	1	7:6	5:3
7. Gevelsberg	3	2	0	1	8:4	4:2
8. Wengern	4	2	0	2	12:12	4:4
9. Fichte Hagen	3	1	1	1	8:9	3:3
10. Boelerheide	4	1	1	2	7:8	3:5
11. Hagen 72	4	1	1	2	6:8	3:5
12. Herdecke	4	1	1	2	9:12	3:5
13. Sprockhövel	3	1	0	2	7:8	2:4
14. Altenvoerde	4	1	0	3	5:21	2:6
15. Meinerzhagen	4	0	1	3	11:18	1:7
16. Hohenlimburg	4	0	1	3	5:9	1:7

Landesliga

1. Arminia Ickern	4	3	1	0	8:2	7:1
2. Klafeld	4	2	2	0	7:5	6:2
3. Ev.-Lindenhorst	5	2	2	1	10:7	6:4
4. Jahn Werdohl	4	2	1	1	9:8	5:3
5. RSV Höh	5	1	3	1	7:4	5:5
6. Mengede	2	2	0	0	7:2	4:0
7. Kaiserau	4	2	0	2	9:10	4:4
8. Neheim 08	4	2	0	2	8.10	4:4
9. Castrop 02	5	2	0	3	13:12	4:6
10. Weidenau	5	2	0	3	13:12	4:6
11. Eichlinghofen	5	2	0	3	8:15	4:6
12. Iserlohn 46	4	1	1	2	5:8	3:5
13. Hüsten 09	5	0	0	5	2:12	0:10

Handball

Sportfreunde 08 — TuS Oberbrügge 3:5 (2:2)

Mit gemischten Gefühlen waren die Oberbrügger am Sonntag zum Meisterschaftsspiel nach Lüdenscheid gefahren. Die guten Ergebnisse, die die Sportfreunde in den letzten Spielen erzielen konnten, gaben zu denken. Im 1. Teil des Spieles hatte der Gastgeber auch mehr vom Spiel, was sich durch eine zeitweilige Führung von 2:1 Toren abzeichnete, aber dann übernahmen die Oberbrügger das Spielgeschehen. Um zwei wichtige Punkte wurde das Pluskonto in dem jederzeit fairen Spiel bereichert. Das angesetzte Spiel der 2. Mannschaften fiel aus.

Schalksmühle Spitzenführer in der Handball-Gauklasse

TSV Schalksmühle	4	3	1	0	50:29	7:1
SV Hohenlimburg	4	3	1	0	43:27	7:1
TuS Ferndorf	3	3	0	0	30:11	6:0
TV Rummenohl	4	3	0	1	29:26	6:2
TuS Eichen	4	2	1	1	26:32	5:3
Jahn Werdohl	4	2	0	2	22:28	4:4
AdH Weidenau	4	1	1	2	32:32	3:5
EJ Gevelsberg	4	1	1	2	29:33	3:5
TV Silschede	3	1	0	2	26:25	2:4
TuS Schwitten	4	2	0	2	29:30	4:4
Stöcken-Dahlerbrück	4	0	1	3	19:23	1:7
VfL Hemer	3	0	0	3	16:38	0:6
TV Westig	3	0	0	3	20:37	0:6

Die amtlichen Totoquoten

(Ohne Gewähr)

West: Zwölfer-Wette: I. Rang: 2 Gewinner je 49 544.50 DM, II. Rang: 44 Gewinner je 2252 DM, III. Rang: 523 Gewinner je 189 DM. — Zehner-Wette: I. Rang: 31 Gewinner je 2567 DM, II. Rang: 413 Gewinner je 192.50 DM, III. Rang: 4416 Gewinner je 18 DM.

Toto-Block Nord: I. Rang: 5 Gewinner je 59 720 DM, II. Rang: 1105.50 DM, III. Rang: 63.50 DM.

Württemberg/Baden: I. Rang: 4 Gewinner je 20 110 DM, II. Rang: 609 DM, III. Rang: 44.50 DM. Zusatzwette: 37.50 DM.

Bayern: I. Rang 1038 DM, II. Rang: 44 DM, III. Rang: 5 DM. Zusatz-Wette: I. Rang: 37 DM, II. Rang: 3.10 DM.

Hessen: I. Rang: 2251 DM, II. Rang 80 DM, III. Rang: 6.70 DM. Zusatz-Wette: 581 DM.

Rheinland/Pfalz: I. Rang: 22 103 DM, II. Rang: 559.50 DM, III. Rang: 42.55 DM. Kleintip: 1004 DM.

Schäffer wünscht Erweiterung der Kreditdecke

Keine Verknappung der Baumaterialien

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 2. Oktober

Bundesfinanzminister Schäffer hat den Bundestag um eine Erweiterung der ihm bereits zugebilligten Kreditdecke von 1,5 auf 2 Milliarden DM ersucht. Er begründete diese Erweiterung damit, daß die Länder ihren Verpflichtungen, den Fehlbetrag des Bundeshaushalts 1949/50 durch Zuschüsse zu decken, nicht nachgekommen seien. Dadurch allein sei die Bundeshauptkasse mit 240 Millionen DM in Vorschuß gekommen. Auch die Lebensmittel-Vorratshaltung stelle an den Bund größere, nicht vorausgesehene Anforderungen. Insgesamt seien hierfür rund 800 Millionen DM vorgesehen, doch sei darüber hinaus mit einer Inanspruchnahme von Bundesmitteln zu rechnen, die nur auf dem Kreditwege gedeckt werden könnten.

Der Wohnungsbau wird durch die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, insbesondere durch die Erstellung etwa notwendiger Kasernenbauten, in keiner Weise berührt, erklärte Wohnungsbauminister Wildermuth. Auch die für den Wohnungsbau notwendigen Materialien würden keine Verknappung erfahren, da die Kapazität der Baustoffindustrie ausreiche, um auch einen weiter anwachsenden Bedarf zu befriedigen.

Bekanntmachung

Betr.: Durchführung des Tierzuchtgesetzes von 1936.

Von maßgebenden Stellen werden in letzter Zeit häufiger Klagen darüber geführt, daß das Decken von Muttertieren (Rinder, Pferde, Ziegen und Schafe) durch ungeköhrte Vatertiere einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Hierdurch wird nicht nur die Zuchtarbeit der Tierzuchtvereine erheblich erschwert und geschädigt, sondern auch großer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet. Es wird daher nochmals auf die Bestimmungen der ersten Verordnung zur Förderung der Tierzucht vom 26. 5. 36 (RGBl. I S. 470) hingewiesen. Nach § 29 o.a. Verordnung wird mit Geldstrafe bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein nichtangekörtes oder abgekörtes Vatertier zum Decken verwendet oder von solchen Vatertieren ein weibliches Tier decken läßt. Etwaige in Zukunft bekannt werdende Verstöße gegen diese Verordnung werden unnachsichtlich zur Anzeige gebracht.

Im Auftrage des Rates des Amtes Kierspe

gez. Ruhe — Amtsbürgermeister

gez. Dunkel — Amtsvertreter

Geschenk-Bücher

für Mittelschüler

Kosmos Naturführer
Dr. Alois Kosch:
Was blüht denn da? DM **8.50**
Tabellen zum Bestimmen der Blütenpflanzen
H. Wehrhahn:
Was wächst und blüht in meinem Garten? DM **7.50**
Schmeil, Leitfaden der Tierkunde DM **9.60**
Schmeil, Pflanzenkunde Band I DM **4.80**
Schmeil: Der Mensch DM **4.20**
Klien, Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter
Kosmos-Lexikon DM **10.80**
Ausgabe 1950 DM **12.00**

Buchhandlung Wilh. Bell jr., Halver

Für die uns in so liebevoller Weise erwiesenen Aufmerksamkeiten zu unserer SILBERHOCHZEIT danken wir auf diesem Wege herzlichst.

Adolf Stecher u. Frau
Mariechen geb. Schönnenberg

Halver, im Oktober 1950.

STATT KARTEN!

Danksagung!

Für alle trostreichen Beweise innigster Teilnahme beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen sei es durch Wort, Schrift, Kranzspenden oder durch Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen wir allen hiermit unseren herzlichsten Dank.

Theodor Schmidt und Kinder

Edelkirchen, im Oktober 1950

Bäuerl. Bezugs- und Absatz-Genossenschaft Halver

Wir bitten um Aufgabe des
Pflanzkartoffel-Bedarfs
zur Herbst- u. Frühjahrslieferung
bis **Samstag, den 7. Okt. 1950**

Junge, tüchtige

Stenotypistin

zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Bewerbungen unter 340 an den Allgemeinen Anzeiger, Halver